

GASTBEITRAG

Sportliches Klimaprogramm für Indien

Endlich hat nun auch Indien als letzter großer Emittent eine freiwillige Verpflichtungserklärung zum Klimaschutz mit Blick auf die wichtige Klimakonferenz in Paris Ende dieses Jahres abgegeben. Bis 2030 will das Land 40 Prozent seiner Stromversorgung aus nichtfossilen Energien generieren. Für den Ausbau der Solarenergie hat die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in Indien dazu eine Unterstützung von zwei Milliarden Euro zugesagt. Zudem will der weltweit drittgrößte Emittent bis 2030 seine CO₂-Emissionen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung um ein Drittel gegenüber 2005 senken. Bei einer erwarteten Verdreifachung der Wirtschaftsleistung kann das allerdings auch zu einer Verdoppelung der Emissionen bis 2030 führen. Trotzdem zeigt sich in diesem „beabsichtigten nationalen Beitrag“ eine neue politische Qualität in den Verhandlungen.

Die im Fachjargon *intended nationally determined contributions* (INDC) genannten freiwilligen Beiträge bilden das Grundgerüst des neuen Klimaabkommens von Paris. Selbst einstige Totalverweigerer der Klimapolitik ziehen inzwischen mit ehrgeizigen Klimaschützern prinzipiell an einem Strang. Alle Staaten machen inzwischen mit – und das auch noch freiwillig. Die Tatsache, dass Länder wie Indien, die sich bisher zu Recht nicht als Teil des Problems sahen, jetzt aber Teil der Lösung sein wollen, lässt leise hoffen auf einen möglichen Erfolg bei den internationalen Klimaverhandlungen von Paris.

Beim Kyoto-Protokoll von 2005 zogen sich die Entwicklungsländer noch aus der Affäre, in dem sie auf eine Trennung in Industrieländer einerseits und Entwicklungsländer andererseits pochten. Jetzt sind sie alle mit an Bord. Und 2009 scheiterte der Klimagipfel in Kopenhagen krachend, in dem er mit starren Zielen bereits im Vorfeld völlig überfrachtet war. Jetzt zählt sich die Flexibilität bei der politischen Zielsetzung aus. Mittlerweile haben fast 150 Staaten ihre Beiträge eingereicht und decken damit fast 90 Prozent der weltweiten Emissionen ab. Ein dunkler Fleck auf der Landkarte bleibt nur der Nahe Osten mit seinen ölexportierenden Ländern.

Trotzdem bleibt auch auf Basis der beabsichtigten nationalen Beiträge das Zwei-

Delhis Selbstverpflichtung bei der CO₂-Reduzierung reicht noch nicht. Bei der Konferenz in Paris muss es weiter gehen.

Von Brigitte Knopf



Grad-Ziel in sehr weiter Ferne. Berechnung des Climate Action Tracker zeigen, dass die freiwilligen Verpflichtungen – sofern sie umgesetzt werden – dazu führen, dass die globale Erwärmung auf 2,7 Grad begrenzt werden kann. Das ist immer noch zu viel, um gefährlichen Klimawandel und die Aktivierung von Kippschaltern im Klimasystem zu verhindern. Und man darf sich nicht täuschen lassen: Derzeit steuern wir eher auf eine Erwärmung von 3,6 Grad zu. Und das, obwohl in einigen Ländern schon Klimaschutzmaßnahmen wie die Förderung der Erneuerbaren oder Energieeffizienzmaßnahmen umgesetzt sind.

Damit es nicht so weit kommt, bräuchten CO₂-Schwergewichte wie beispielsweise Indien über ihre guten Vorsätze hinaus ein sportliches, also ehrgeiziges Programm. Erst dann wäre gesichert, dass sie beim CO₂-Verbrauch tatsächlich abspecken. Freiwilligkeit ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für erfolgreiche Klimapolitik. Aus den intendierten Verpflichtungen der Staaten dürfen keine leeren Versprechen werden. Die Einhaltung der freiwilligen CO₂-Reduktionszusagen muss auch überprüft werden – ähnlich wie ein substanzielles Fitnessprogramm auch das tatsächliche Sportengagement sowie die Gewichtsentwicklung aufzeichnet. Diese Regeln für Transparenz müssen Eingang in das Paris-Abkommen finden. Finden die Staats- und Regierungs-

chefs hier einen Mechanismus – was aber alles andere als sicher ist –, wäre dies ein Gradmesser für den Erfolg von Paris: Er wäre ein sicheres Zeichen der Glaubwürdigkeit.

Ein effektives „Klima-Sportprogramm“ wäre eine Bepreisung von CO₂, entweder durch eine Steuer oder durch ein funktionierendes Emissionshandelssystem. Die ersten Klimasportler laufen sich dafür bereits warm: So hat die Bundesregierung im Nachgang des G7-Gipfels vom Sommer den Dialog über eine Plattform zur globalen Kohlenstoffbepreisung gestartet. Und selbst China hat angekündigt, ab 2017 den weltweit größten Emissionshandel einzuführen.

Hier hinkt Indien bedauerlicher Weise hinterher. Das Land will noch nicht einmal wie China zusichern, wann es den Scheitelpunkt seiner Emissionen erreichen will. Im Klartext: Das CO₂-Speckpolster soll sogar noch dicker werden. Und das, obwohl gerade Indien eines der Länder ist, das vom Klimawandel besonders stark betroffen sein wird. Eine veränderte Monsun-Dynamik und eine höhere Frequenz von Starkregen dürften die Bevölkerung dort besonders stark treffen. Anpassungsmaßnahmen werden indes wohl sehr schwierig zu bewerkstelligen sein.

Viele Staaten, so auch Indien, lehnen trotzdem eine zu ambitionierte Klimapolitik ab. Begründet wird das mit Recht auf Wohlstand und Wachstum. Das ist verständlich, aber dieses Argument erweist sich bei genauerer Betrachtung kaum als stichhaltig. Forschungen am MCC zeigen, dass man Klimaschutz und Entwicklung zusammen denken sollte. Schon bei einer moderaten CO₂-Bepreisung ließe sich in vielen Ländern der universelle Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen finanzieren. Klimaschutz- und Entwicklungspolitik schließen sich mitnichten aus, sie bedingen sich gegenseitig. Und sie können erfolgreich sein – mit einem ordentlichen CO₂-Sportprogramm.

Brigitte Knopf ist Generalsekretärin des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Sie hat über den indischen Monsun promoviert und beobachtet die internationalen Klimaverhandlungen.

KOLUMNE

Für fairen Handel

KLAUS STAECK

Wenn Bürger bei TTIP

Standards im Arbeits-

und Sozialrecht verteidigen

Je näher die für Samstag in Berlin angekündigte Großdemonstration gegen die Handelsabkommen TTIP und Ceta rückt, desto aufgeregter reagieren die Medien. Während die Befürworter der Freihandels-



gen bestehen. Bisher können Abgeordnete ihre Rechte nicht wahrnehmen.

Es geht nicht um Antiamerikanismus, wenn Bürger ihre Standards im Arbeits- und Sozialrecht, bei Umwelt, Kulturförderung, Datenschutz und Urheberrecht ge-